

# „In den Klassenzimmern hat sich zu wenig verändert“

STANDARD: Österreich ist bei der neuen Pisa-Studie erneut nur im Mittelfeld gelandet. Unsere Jugendlichen waren diesmal etwas schlechter als 2012. Damals etwas besser als 2009. Es ist ein Wellental. Was sagt das über die Bildungspolitik, die dem zugrunde liegt?

**Schleicher:** Man sollte kleine Schwankungen nicht überbewerten. Berücksichtigt man demografische Veränderungen, so sind die naturwissenschaftlichen Leistungen österreichischer 15-Jähriger seit 2006 praktisch gleich geblieben. Genauso sieht es in den anderen Wissensgebieten aus. Aber genau dort liegt das Problem. Die Leistungen liegen weit unter dem Potenzial Österreichs, das Land sollte sich an den leistungsfähigsten Bildungssystemen messen. Es lohnt sich auch ein Blick über das Länderranking hinaus: Während Österreichs Schüler bei der Reproduktion von naturwissenschaftlichem Fachwissen noch ganz gut abschneiden, fällt es ihnen schwer, wie ein Naturwissenschaftler zu denken und ihr Wissen auf neue und komplexe Problemstellungen zu übertragen. Das ist es aber, worauf es heute ankommt. Die moderne Gesellschaft belohnt uns nicht allein für das, was wir wissen – Google weiß alles –, sondern was wir mit dem, was wir wissen tun können.

STANDARD: Welche Erklärungen gibt es für die starken Leistungen der dominierenden Länder in Fernost? Anderer Unterricht oder anderes „Schulethos“, das hier wirkt?

**Schleicher:** Bildung hat in diesen Staaten einen besonders hohen Stellenwert. Die Chinesen investieren ihr letztes Geld in ihre Zukunft, die Bildung ihrer Kinder. In Europa haben wir das Geld ja schon für unseren Konsum ausgegeben, deshalb sind wir heute hoch verschuldet. Darüber hinaus stecken sich die Asiaten hohe Ziele und glauben an den Erfolg aller Kinder. So erzielen die zehn Prozent der benachteiligten Schüler in Vietnam Leistungswerte, die sich an den mittleren Leistungswerten österreichischer Schüler messen können. Wir sehen dort aber auch überaus dynamische Schulen. Traditionell sind Lehrer und Schulen in Österreich die letzte ausführende Instanz eines

OECD-Bildungsdirektor **Andreas Schleicher** über Österreichs mittelmäßige Pisa-Performance, Googles Allwissenheit und Erfolgsrezepte dynamischer Schulen.

INTERVIEW: Lisa Nimmervoll



Foto: APA / Herbert Neubauer

Noch immer prägt mangelnde Chancengerechtigkeit Österreichs Schulsystem, sagt Andreas Schleicher.

überaus komplexen Verwaltungsapparats. Die leistungsfähigsten Schulsysteme hingegen messen sich daran, was die Schule als selbstständige und pädagogisch verantwortliche Einheit leisten kann, die den individuellen Lernfortschritt in den Mittelpunkt stellt und Verantwortung für ihre Ergebnisse übernimmt.

STANDARD: Was heißt das konkret?

**Schleicher:** Ihren Lehrern gelingt es, das Potenzial aller Schüler zu mobilisieren, die außergewöhnlichen Fähigkeiten gewöhnlicher Schüler zu entdecken und zu fördern, durch Lehr- und Lernformen, die nicht defizitär angelegt sind, sondern wirklich auf den einzelnen Schüler zugeschnitten. Ebenso zeichnen sie sich durch ein Arbeitsumfeld aus, dessen Attraktivität nicht auf dem Beamtenstatus, sondern auf Kreativität, Innovation und Verantwortung beruht, und das Differenzierung im Aufgabenbereich, Verantwortung für Lernergebnisse und gute Unterstützungssysteme anbietet,

sodass Lehrer am Ende nicht als Einzelkämpfer im Klassenzimmer dastehen. Ein Lehrer in Singapur unterrichtet weniger Stunden als ein Lehrer in Österreich, arbeitet trotzdem mehr. Dazu gehören mehr als 100 Stunden Weiterbildung pro Jahr, die gemeinsame Vor- und Nachbereitung von Unterricht mit den Kollegen, regelmäßige Konsultationen mit Eltern und die individuelle Unterstützung von Kindern mit besonderem Förderbedarf.

STANDARD: Seit der ersten Pisa-Studie 2000 hat ein Schülerjahrgang die komplette Schulpflicht hinter sich gebracht – offenbar hat die Bildungspolitik für diese Schüler zu wenig oder das Falsche gemacht?

**Schleicher:** Ja, in den Klassenzimmern hat sich zu wenig verändert. Stellen Sie sich einen Chirurgen und einen Lehrer aus den 1960ern vor, die eine Zeitreise in unsere Gesellschaft machen. Der Chirurg, der zu seiner Zeit mit dem im Studium erarbeiteten Wissen und einem Koffer mit Instrumenten als

Einzelperson erfolgreich sein konnte, ist im Jahr 2016 konfrontiert mit einem hoch technologisierten Arbeitsplatz, an dem er seine Arbeit nur als Teil eines komplexen Teams bewältigen kann. Der Chirurg wird schnell zu der Erkenntnis kommen, dass ein Zeitsprung von einem halben Jahrhundert ihn völlig abgehängt hat. Und der Lehrer? Er findet sich vielleicht noch heute zu Recht, weil sich seine Arbeitsumgebung nicht grundlegend geändert hat.

STANDARD: In Österreich gehört jeder dritte Schüler in zumindest einem Testgebiet in die Gruppe der „Risikoschüler“, die „gravierende Mängel“ aufweisen. In Finnland sind es nur 18 Prozent, auch in Deutschland deutlich weniger (24 Prozent). Was machen diese Länder anders oder besser?

**Schleicher:** Entscheidend sind gute und frühzeitige Diagnostik und individuelle Unterstützung. Die Kompetenzen, die den Schülern in der Risikogruppe fehlen, lernt man ja nicht mit 15 Jahren,

sondern in der Grundschule. Allerdings ist Österreich hier mit der Ganztagschule auf einem guten Weg, um den Schulen mehr Möglichkeiten zu schaffen, Lerndefizite zu bewältigen und Talente zu finden und zu fördern. Auf diesem Weg sind Länder wie Finnland oder Deutschland schon weiter.

STANDARD: Kinder von höher gebildeten Eltern schneiden noch immer deutlich besser ab: Sie erreichen in allen drei Gebieten fast 100 Punkte mehr als Kinder von Eltern nur mit Pflichtschulabschluss, das sind rund zwei Lernjahre. Gilt also der Satz „Bildung wird vererbt“?

**Schleicher:** Ja, Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, bleibt für Österreich eine der wichtigsten Herausforderungen für Bildungspolitik und Praxis.

STANDARD: Statistiker Erich Neuwirth hinterfragte im STANDARD Österreichs Pisa-Verschlechterung. Wegen des Umstiegs auf Computertests und die fehlende Vergleichsbasis zu den früheren Papiertests sei „bei weitem nicht statistisch gesichert, dass wir uns verschlechtert haben“, sagt er. Welche Aussagekraft hat das in Punkten abgebildete Pisa-Minus denn?

**Schleicher:** Wir haben den Übergang zu computerbasierten Tests über viele Jahre sehr sorgfältig vorbereitet und durch Zusatzstudien sichergestellt, dass den Schülern in den teilnehmenden Staaten daraus keine Nachteile entstehen. Es ist richtig, dass sich länderspezifische Abweichungen ergeben könnten, aber ich halte es für schwer vorstellbar, dass österreichische 15-Jährige so viel größere Schwierigkeiten im Umgang mit Computern haben als ihre Mitschüler in Deutschland, Finnland, Portugal, Indonesien oder Peru.

STANDARD: Wenn Sie Bildungsminister in Österreich wären – wie würden Sie auf die neuen Ergebnisse der Pisa-Studie reagieren?

**Schleicher:** Österreich hat vielversprechende Pläne, es ist Zeit diese konsequent umzusetzen.

**ANDREAS SCHLEICHER** (52) studierte Physik mit Schwerpunkt Methoden in Hamburg und Mathematik in Melbourne. Ab 1995 konzipierte er die Pisa-Studie. Derzeit ist er OECD-Bildungsdirektor.

## ÖVP drängt weiter auf Kürzung der Beihilfen für EU-Ausländer

Familienministerium hofft auf 100 Millionen Euro an Einsparungen – Die EU-Kommission ist gegen Änderungen

Lisa Kogelnik, Günther Oswald

**Wien** – Lebenserhaltungskosten in Rumänien sind wesentlich geringer als in Österreich. Mit diesem Argument hatte Integrationsminister Sebastian Kurz (ÖVP) im vergangenen Jahr erstmals eine Kürzung der Familienbeihilfe für EU-Bürger gefordert, deren Kinder im Herkunftsland leben.

In einem Brief an die EU-Kommission haben Kurz, Familienministerin Sophie Karmasin (ÖVP) und Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) zuletzt darauf gedrängt, jene Richtlinie zu ändern, wonach alle Mitgliedsstaaten die volle Familienbeihilfe für Kinder von EU-Ausländern zahlen müssen. Stattdessen sollte die Familienbeihilfe an jene im Herkunftsland angepasst werden dürfen, also eine Indexierung zugelassen werden.

In einem internen Papier der EU-Kommission wird dieser Vorschlag nun abgelehnt. „Die Indexierung wird es nicht geben“, heißt es darin laut *Kurier*. Der Vorschlag soll heute, Dienstag, vorgelegt werden. Die ÖVP will sich davon nicht entmutigen lassen. „Es wird darü-

ber diskutiert, es ist aber noch nicht finalisiert“, sagt ein Sprecher von Karmasin zum STANDARD. Sollte sich die EU-Kommission tatsächlich gegen die Indexierung der Familienbeihilfe aussprechen, sei der Vorschlag trotzdem nicht vom Tisch. Schließlich mache die Kommission nur einen Vorschlag, abgestimmt werde im Rat der Sozialminister.

Österreich wolle eine „Koalition der Willigen“ mit Deutsch-



2015 flossen rund 250 Millionen Euro an Kinder im EU-Ausland.

Foto: APA/dpa/Dittrich

land und Dänemark bilden, heißt es aus dem Familienministerium. So wolle man den Druck auf Änderungen erhöhen. Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) sei aufgefordert, sich im Rat für die Interessen Österreichs einzusetzen.

Aus dem Büro Stögers heißt es zur APA, dass das Thema derzeit nicht auf der Tagesordnung stehe, aber: „Grundsätzlich ist das kein No-Go.“ Kurz und Schelling lassen ausrichten: „Wir lassen bei dem Thema sicher nicht locker.“

### 122.000 Kinder betroffen

Insgesamt flossen 2015 rund 250 Millionen Euro an Familienleistungen in EU- oder EWR-Staaten. Betroffen sind laut Familienministerium 122.000 Kinder. Das Ministerium erhofft sich durch eine Anpassung der Leistungen an jene der Herkunftsländer 100 Millionen Euro an Einsparungen pro Jahr. Zum Vergleich: Insgesamt steht dem Familienministerium ein Budget von sieben Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung.

Mit rund 65 Millionen Euro fließt am meisten Geld nach Ungarn, gefolgt von der Slowakei (60 Millionen) und Polen (37 Mil-

lionen). In dem von Kurz genannten Rumänien werden rund 27 Millionen Euro an rund 13.400 Kinder ausgezahlt.

Verschärft will die EU-Kommission laut der Tageszeitung *Die Welt* die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld durch EU-Ausländer. Derzeit gelten für sie die gleichen Auflagen wie für Inländer. Wer also in den vergangenen zwei Jahren zumindest 52 Wochen arbeitslos versichert war, hat in Österreich Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Angerechnet werden dabei auch Zeiten aus dem Ausland. Liegen also genug Versicherungszeiten aus dem Heimatland vor, könnte theoretisch in Österreich nach nur einem Tag Beschäftigung Arbeitslosengeld bezogen werden.

Künftig soll das erst nach drei Monaten möglich sein, was man im Büro des Sozialministers explizit begrüßt. Laut EU-Kommission hatten zuletzt 42 Prozent der EU-Ausländer, die Arbeitslosengeld bezogen, weniger als drei Monate im Zielland gearbeitet. Ziel der Maßnahme sei, Sozialtourismus zu verhindern.

## Schelling hält weitere Entlastung für machbar

**Wien** – Am Veto des Finanzministers wird es nicht scheitern. Hans Jörg Schelling sei selbstverständlich für weitere Senkungen von Steuern und Lohnnebenkosten zu haben, erklärte seine Sprecherin am Montag nach entsprechenden Aussagen von ÖVP-Generalsekretär Werner Amon. „Wenn man will, ist das machbar“, freilich müsse man erst die Spielräume durch Einsparungen schaffen.

Im Büro von SPÖ-Chef und Kanzler Christian Kern gab man sich vorerst zurückhaltend zu den schwarzen Plänen. Bestätigt wird nur, dass man sich im Jänner zusammensetzen werde, um über „weitere Arbeitsschwerpunkte“ zu verhandeln. Ob das formell in einen überarbeiteten Koalitionsvertrag münde, sei offen. Die neuen „Programmpunkte“ sollen sich entlang der Themen Arbeit, Beschäftigung, Bildung, Facharbeiterqualifikation, Investitionen und Pensionen orientieren.

Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer kündigte Unterstützung für den von Parteichef Reinhold Mitterlehner angekündigten Abgrenzungskurs zur FPÖ an. (go) **Kommentar Seite 28**